

Dokumentation

DIE KPD IN DER ILLEGALITÄT

Rechenschaftsbericht einer Bezirksleitung
aus dem Jahre 1934

Der hier abgedruckte Brief berichtet über die Situation, über Sachverhalte und Probleme der illegalen KPD am Niederrhein im Jahre 1934. Sein Verfasser, ein unter dem Decknamen „Rudi“ arbeitender Funktionär der KPD, trug ihn bei sich, als er am 22. August 1934 in Düsseldorf verhaftet wurde. Im Prozeß gegen ihn und 69 Mitangeklagte fand der Brief als Beweiselement Verwendung.

„Rudi“¹ wurde 1897 in Thüringen geboren, sein Vater war Arbeiter. „R.“ war das dritte von sechs Kindern; er besuchte die Volksschule und lernte dann das Handwerk eines Schuhleistenmachers. Im Ersten Weltkrieg war er Soldat, wurde 1916 verwundet und erhielt das EK II. Nach Kriegsende lebte er noch einige Jahre in Thüringen. In dieser Zeit trat er dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) bei. 1922 verzog „R.“ nach Nürnberg. Als die KPD 1923 in Bayern verboten wurde, arbeitete er mit einer Gruppe des KJVD illegal weiter und wurde deswegen im März 1924 vom Volksgericht Nürnberg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. 1926 trat „R.“ in die KPD ein und betätigte sich vornehmlich im Erwerbslosenausschuß, wo er bald mittlere Funktionen ausübte. 1928 wurde er arbeitslos. 1931 siedelte er in die UdSSR über, da ihm – seinen Angaben im Prozeß zufolge – dort Arbeit angeboten wurde; vom Herbst 1932 an habe er in Moskau neben der Arbeit noch Schulungskurse über Ökonomie besucht. Im Herbst 1933 habe ihn dann die deutsche Abteilung der Komintern gefragt, ob er bereit sei, in Deutschland illegal zu arbeiten. „R.“ sagte zu und wurde im November 1933 über Prag nach Berlin geschleust. In den acht Tagen, die er sich in Berlin aufhielt, traf er mehrfach mit Funktionären der Landesleitung zu Besprechungen zusammen². Mit falschen Papieren (Paß und Geburtsurkunden) versehen, reiste er nach Dortmund, wo er einen „höheren Funktionär“ traf, der ihn mit einem Angehörigen der Bezirksleitung Niederrhein zusammenbrachte³. Dieser schickte „R.“ Anfang Dezember 1933 in den gutorganisierten Unterbezirk Solingen; dort sollte er sich sozusagen in die Probleme der Illegalität einarbeiten.

¹ Die im Zusammenhang mit diesem Dokument zu nennenden Personen werden mit ihren Decknamen oder Namenskürzeln bezeichnet, sofern ihre Namen nicht durch die bisher erschienene Widerstandsliteratur oder eigene Veröffentlichungen bekanntgemacht worden sind.

² Wenige Wochen vorher hatte die KP-Führung die noch in Deutschland arbeitenden Funktionäre des Politbüros abberufen. In Berlin arbeitete jetzt eine sogenannte Landesleitung als operatives Führungsorgan des Politbüros; vgl. Siegfried Vietzke, Die KPD auf dem Wege zur Brüsseler Konferenz, Berlin 1966, S. 50; Horst Duhnke, Die KPD von 1933–1945, Köln 1972, S. 111 f.; Herbert Wehner, Selbstbesinnung und Selbstkritik [hektographiertes Manuskript 1946], S. 63 f.

Zunächst leistete er Organisationsarbeit und richtete im Unterbezirk Solingen mehrere Instruktionsgebiete ein. Zu einem nicht genau bekannten Zeitpunkt im Frühjahr 1934 wurde ihm die Leitung dieses Unterbezirks übertragen. Im Sinne der von der Parteiführung gesetzten taktischen Schwerpunkte bemühte er sich nun in besonderem Maße um die Bildung von Betriebszellen.

Um die Monatswende März/April holte Adolf Rembte, damals Leiter des Bezirks Niederrhein, „R.“ in die Bezirksleitung. Ab 3. April arbeitete er in Düsseldorf. Als Rembte im Mai 1934 nach Berlin beordert wurde – er sollte in die Landesleitung eintreten⁴ –, nahm „R.“ bis zu seiner Verhaftung eine führende Rolle in der Bezirksleitung ein. Dem Gericht ist die Position des „Rudi“ in der Bezirksleitung Niederrhein nur annähernd bekannt geworden. „Rudi“ selbst gab nur zu, mit Fragen der Mitgliederwerbung innerhalb der Organisationsabteilung betraut gewesen zu sein. Zwar deutete eine Zeugenaussage darauf hin, daß er die Organisation geleitet hat; weil aber zum Zeitpunkt des Prozesses weder die Gründe für das Fehlen des Bezirksleiters noch dessen Person bekannt waren – von ihm wußte man nur Decknamen –, stützte sich das Gericht bei der Beweisaufnahme gegen „Rudi“ neben zahlreichen Materialien, die in seiner Wohnung gefunden wurden (Druckschriften, Rundschreiben, Kassenabrechnungen u. ä.), insbesondere auf das hier wiedergegebene Dokument. Da dieser Bericht, der für Landesleitung und Zentralkomitee geschrieben wurde, eine alle Aspekte der illegalen Arbeit umfassende Situationsschilderung gebe, könne sein Verfasser nicht behaupten, in untergeordneter Position tätig gewesen zu sein. Das Gericht sei der Überzeugung, daß „Rudi“ den Bezirk Niederrhein – unbeschadet formaler Fragen – faktisch verantwortlich geführt habe. „Rudi“ wurde zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt⁵.

Angesichts seiner Bedeutung für Beweisführung und Strafzumessung wurde der Text dieses Briefes in die Urteilsschrift hineingenommen. Diese Überlieferung ist

³ Über Identität dieser Funktionäre hat „R.“ – sofern er sie selbst überhaupt kannte – offenbar nichts ausgesagt.

⁴ Rembte arbeitete am Niederrhein unter dem Decknamen „Oskar“.

In der Landesleitung arbeitete er zunächst mit Philipp Daub (s. dazu Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*, Frankfurt 1969, Band II, S. 92 f.) und Otto Wahls zusammen.

Nach etlichem Wechseln sollten im Frühjahr 1935 Rembte, Max Maddalena (Weber II, a. a. O., S. 212), Robert Stamm (Weber II, a. a. O., S. 309) und Herbert Wehner eine Landesleitung bilden. Noch vor Aufnahme der Tätigkeit wurden Rembte, Stamm und Maddalena im März 1935 verhaftet; vgl. Duhnke, a. a. O., S. 190 f.; Wehner, a. a. O., S. 82 ff.; Urteil d. Volksgeschichtshofs (VGH) v. 4. 6. 37 gegen Rembte u. a. 2 H 17/37, Archiv Inst. für Zeitgeschichte München [künftig: IfZ], Fa 117/25).

⁵ Urteil des OLG Hanim v. 8. 3. 1935. O. J. 920/34, IfZ Fa 117/142.

Die Darstellung von „Rudis“ Lebensweg folgt den Angaben zur Person in diesem Urteil. Einer der Angeklagten in diesem Prozeß hat Erinnerungen an seine Haftzeit veröffentlicht, in denen er sowohl einige Aspekte der illegalen Arbeit beschreibt, als auch den Prozeß kurz schildert. Die Angaben sind sehr genau. Bemerkenswert die auf die Absicherung im illegalen Apparat hindeutende Tatsache, daß der Verfasser von Rembtes Abberufung nichts wußte; er nahm an, „Oskar“ habe sich der Verhaftung in Düsseldorf durch die Flucht entziehen können. Rudi Goguel, *Es war ein langer Weg*, Düsseldorf 1947, S. 7–41.

auch die Vorlage für den Abdruck in dieser Dokumentation, denn das Original existiert mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr⁶. Diese Tatsache wirft einige quellenkritische Probleme auf. Daß dieses Dokument seitens der Gestapo gefälscht und als Beweismittel unterschoben wurde, kann mit einiger Sicherheit außer Betracht bleiben. Laut Urteilstext hat „Rudi“ zugegeben, den Brief geschrieben zu haben; wäre dem aber nicht so und gäbe die Urteilsbegründung die Beweisaufnahme nicht richtig wieder, so müßte verwundern, daß Rudi Goguel, der in seinen Erinnerungen einige Fragwürdigkeiten des Prozeßverlaufs schildert, ausgerechnet einen so gravierenden Tatbestand ausläßt. Schließlich läge auch einige Ungereimtheit darin, wenn das Gericht zwar eine Fälschung als Beweismittel akzeptiert hätte, welches die Verhängung der Todesstrafe statt einer extrem hohen Zuchthausstrafe (aufgrund der übrigen Beweismittel)⁷ ermöglichte, um dann – unter Hinweis auf Verwundung und EK II – von der Todesstrafe ausdrücklich abzusehen.

Bleibt die Frage der Genauigkeit und Vollständigkeit des Textes. Dazu sind allerdings nur wenige und kaum eindeutige Kriterien zur Hand. Die Vorlage vermerkt z. B. keine Unterschrift, wohl aber die persönliche Anrede, deren Verwendung eigentlich sogar eine Schlußfloskel erwarten läßt. Hier ist der Verdacht berechtigt, daß das Original nicht vollständig wiedergegeben ist; ob allerdings über Schlußfloskel/Unterschrift hinaus auch noch Text weggelassen wurde, bleibt eine offene Frage. Ebenso wenig kann überprüft werden, ob Text ohne Kennzeichnung ausgelassen wurde. Allerdings – und hier kann die Frage nach der Genauigkeit der Abschrift einbezogen werden – enthält der Text weder sinnlose Stellen, die aus Lesefehlern oder ungenauer Abschrift resultieren könnten – von einigen grammatikalischen Fehlern abgesehen – noch sind Auslassungen signalisierende Sprünge in der Gedankenführung erkennbar. Das in einem Fall nachweisbare, pedantische Bemühen des Schreibers um genaue Übereinstimmung von Original und Abschrift rechtfertigt darüber hinaus wohl mindestens die Annahme, daß dieser eine wortgetreue Abschrift herstellen wollte⁸.

Hier seien – auf Personen und Gegenstand dieser Dokumentation bezogen – einige Überlegungen über den Quellenwert von Prozeßakten solcherart politischer Prozesse angeschlossen. Die von der Gestapo verhafteten Angehörigen von Widerstandsgruppen wußten, was Wahrheit für sie selbst und andere bedeutete; so sagten sie, wenn und solange sie den „verschärfte Vernehmung“ geheißenen Folterungen standhielten, Unwahrheiten und halbe Wahrheiten, machten aber da Geständnisse, wo nichts mehr geleugnet werden konnte, oder berichteten durchaus über Fakten

⁶ Nach Auskunft der Generalstaatsanwaltschaft Hamm vom 8. 11. 1975 ist der Brief dort nicht mehr vorhanden. Ein Teil der Akten sei „durch Kriegseinwirkung verloren gegangen“, ein weiterer Teil sei „vernichtet worden“.

⁷ Einen Mitangeklagten, ebenfalls Angehöriger der Bezirksleitung, in dessen Wohnung vergleichbares Material in geringerer Menge gefunden wurde, schickte das Gericht für 15 Jahre ins Zuchthaus.

⁸ Siehe Anm. 39. An einigen Stellen finden sich z. T. aus Verkürzungen resultierende grammatikalische Ungenauigkeiten, wie sie für sehr schnell niedergeschriebene Texte typisch sind. Sie wurden im Interesse der Authentizität belassen.

und Zusammenhänge, deren Kenntnis keinen Schaden mehr anrichtet. Gerade solche für die – vielleicht Jahre später abrollenden – Prozesse bedeutungslosen Randinformationen bringen der Forschung oft wichtige Erkenntnisse. So sagte ein ab Herbst 1934 im Ruhrgebiet tätiger Instrukteur aus, daß er mit „Rudi“ zusammen den Jahreskurs 1933 der Leninschule besucht habe⁹. Auch die Position, die „Rudi“ zwischen Mai und August 1934 einnahm, kann anhand späterer Aussagen präzisiert werden: Adolf Rembte hat seinem Organisationsleiter „Rudi“ die Leitung des Bezirks Niederrhein sozusagen kommissarisch übertragen. „Rudi“ ergänzte die Bezirksleitung durch Ernennung eines Agitpropleiters, „Hans“, der mit ihm zusammen verhaftet und verurteilt wurde. „Rudis“ organisatorische Arbeit fand offenbar soviel Anerkennung, daß er Anfang August 1934 als Bezirksleiter in den Bezirk Mittelrhein versetzt wurde. Er hatte seinen Nachfolger eingearbeitet und wurde kurz vor seiner Abreise verhaftet¹⁰. Unser Dokument war also als Rechenschaftsbericht gedacht. Eine nebensächliche Information aus dem Urteil gegen „Rudi“ u. a. liefert schließlich ein Indiz dafür, daß sich eine von „Rudi“ geschilderte Episode so abgespielt haben könnte: der Bezirkskassierer „Walter“ sei der Gestapo in die Hände gespielt worden und wieder entkommen¹¹. Der Agitprop-leiter „Hans“ hat nun ausgesagt, daß er zunächst zur Kassenrevision in den Bezirk Niederrhein geschickt wurde. In dieser Funktion traf er im April/Mai mehrfach mit „Walter“ zusammen. Ende Mai fuhr er zur Berichterstattung nach Prag; als er Mitte Juni nach Düsseldorf zurückkehrte, traf er „Walter“ nicht mehr an, die Kassengeschäfte wurden vom Bezirkstechniker „Georg“ und seinem Produktionsleiter „Max“ miterledigt. Keine Frage, daß „Walter“, als er von der Gestapo frei kam, sofort abgezogen, wahrscheinlich ins Ausland geschickt worden ist. Die Darstellung in „Rudis“ Bericht und die für sich genommen unwichtige Aussage von „Hans“ passen zusammen.

In der Zeitspanne, über die der kommissarische Bezirksleiter in seinem Brief berichtet, fanden im Zentralkomitee (ZK) der KPD wie im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zum Teil scharfe Auseinandersetzungen über die strategische und taktische Linie im Kampf gegen den Nationalsozialismus statt. Außenpolitische Motive seitens der Sowjetunion¹² sowie kritische Zweifel an Realitätsgehalt und Effektivität der politischen Ziele brachten die Diskussion in Gang.

Das im Dezember 1933 tagende XIII. EKKI-Plenum beharrte auf Analysen, die schon 1928 formuliert worden waren; es setzte der illegalen KPD, illusionären Situationsberichten folgend, politische Ziele und forderte Kampfformen, die von

⁹ Dieser Instrukteur wurde im Juli 1935 verhaftet und im August 1936 vom VGH zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt; 1 H 37/36, IfZ, Fa 117/235.

In einem VGH-Urteil aus dem Jahre 1943 findet sich eine bestätigende Aussage 1 H 89/43, IfZ, Fa 117/257.

¹⁰ Urteil gegen Adolf Rembte v. 4. 6. 37 2 H 17/37, IfZ, Fa 117/25; Anklageschriften gegen F. E. und „Georg“ J 600/36, 16 J 37/35, IfZ, Fa 117/126.

¹¹ Siehe S. 235.

¹² Siehe dazu Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, Berlin 1970, insbes. S. 264 ff. Die aus den Veränderungen der international-politischen Szenerie resultierende Motivkette kann hier nicht weiter verfolgt werden.

der Durchsetzbarkeit weit entfernt waren. Wilhelm Pieck hatte in seinem Referat behauptet, daß der Einfluß der KPD auf die werktätigen Massen in schnellem Tempo wachse, die Voraussetzungen einer revolutionären Krise zunähmen, daß Deutschland der proletarischen Revolution entgegengehe; ökonomische und politische Streiks wie auch Massendemonstrationen seien daher sinnvolle und notwendige Kampfformen. Das Plenum bestätigte die These, daß die Sozialdemokratie Handlanger des Kapitals sei; auch die Verfolgung ändere nichts an ihrem sozialfaschistischen Charakter. Eine Reorganisation der SPD müsse auf jeden Fall verhindert werden¹³.

In einer EntschlieÙung zu den Beschlüssen des XIII. Plenums hat das ZK der KPD am 5. Februar 1934 die Massen-Mobilisierung unter der Führung der KPD zum Kampfziel der illegalen Organisation erklärt. Dazu sollte die Schaffung der Einheitsfront bei scharfer Frontstellung gegen sozialdemokratische Funktionäre dienen; und dazu sollte die Arbeit vor allem in den Großbetrieben forciert werden. Im August 1933 gefaÙte Beschlüsse, die zur Gründung von „unabhängigen Klassengewerkschaften“ – also zur Fortführung der RGO – aufforderten und die „Arbeit“ in DAF und nationalsozialistischer Betriebsorganisation (NSBO) als opportunistisch bezeichneten, wurden bestätigt¹⁴. Zumindest Teilen der Parteiführung und sicher sehr vielen der illegalen Kommunisten schien – in Erwartung zunehmender ökonomischer Krisen und darauf folgender antinationalsozialistischer Reaktion der Bevölkerungsmehrheit – der Sturz Hitlers durch revolutionäre Aktion greifbar nahe.

In den folgenden Monaten wurde diese starre Politik von mehreren Seiten aufgeweicht. Die Landesleitung versuchte ihre Wirkung gerade im Hinblick auf die Betriebsarbeit und die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten durch entschärfte Instruktionen abzumildern¹⁵. Auch im ZK der KPD waren über diese Probleme Richtungsauseinandersetzungen im Gange, die sich in widersprüchlichen ÄuÙerungen niederschlugen¹⁶.

Die gegen die Februar-Beschlüsse argumentierende Richtung wollte die politische Linie der Partei in der Gewerkschaftsfrage, im Hinblick auf die Einheitsfront sowie im Verhalten gegenüber DAF und NSBO ändern. Einheitsfront sollte jetzt nicht mehr nur heißen: Eintritt des einzelnen Sozialdemokraten in die KPD; diese Gruppe forderte zur Zusammenarbeit und Aktionsabsprachen mit sozialdemokratischen Gruppen und Organisationen aller Richtungen unter Einschluß der Funktionäre auf; ähnlich die Forderung, statt einer Fortführung der „unab-

¹³ The Communist International 1919–1943, sel. and ed. by Jane Degras, Vol. III, London 1965, S. 280; Kuno Bludau, Gestapo – geheim!, Bonn 1973, S. 89.

¹⁴ Vgl. Vietzke, a. a. O., S. 127 f.; zu RGO s. Anm. 64.

¹⁵ Wehner, a. a. O., S. 63 f.

¹⁶ Vietzke, a. a. O., S. 113–162; Duhnke, a. a. O., S. 137 ff., 145 ff. Auf die Problematik einer Beurteilung dieser Ereignisse kann in dieser Einleitung nur begrenzt eingegangen werden. Auch die Frage, ob eine Gruppe um Thälmann und Ulbricht bereits Anfang 1933 die politische Linie verfolgt hat, die sich dann Ende 1934 durchzusetzen begann (Vietzke, a. a. O., S. 96 ff.), muß hier außer Betracht bleiben.

hängigen“, also rein kommunistischen „Klassengewerkschaften“ die „Gewerkschaftseinheit“ zu realisieren, und gegenüber DAF und NSBO wollte man die Taktik des „Trojanischen Pferdes“ anwenden. Aber weder die Resolution des ZK vom 1. August 1934, die einen ersten Sieg dieser für eine politische Wendung eintretenden Gruppe darstellt, noch deren zuvor erschienene Artikel ließen einen Zweifel daran, daß die Partei – wie es in der Resolution heißt – „den Kurs auf die Vereinigung dieser Gruppen mit der KPD auf der Grundlage des Programms der Kommunistischen Internationale und der Taktik der KPD zu nehmen“ habe. Auch geriet der Resolution die Beschreibung der ökonomischen und politischen Krise und Krisenentwicklung so eindringlich, daß diese eigentlich wenige Tage später hätte in Katastrophe und Revolution enden müssen¹⁷.

Für unseren Zusammenhang bemerkenswert ist der Bericht Rudi Goguels über eine Auseinandersetzung mit Adolf Rembte, in der dieser die Februar-Thesen hart vertreten habe¹⁸. Der Urteilschrift zufolge, in der diese Episode erwähnt ist, mußte sich Goguel gar den Vorwurf des Opportunismus gefallen lassen, er wurde von Rembte aufgefordert, seine gegenteilige Meinung für eine ausführliche Diskussion schriftlich zu fixieren. Demgegenüber läßt „Rudi“ in seinem Bericht teilweise Übereinstimmung mit der veränderten politischen Linie erkennen. Sicher hinsichtlich DAF und NSBO, weniger deutlich gegenüber der SPD, während die Formulierungen zur Betriebsarbeit und Gewerkschaftsfrage mehr der „Klassengewerkschafts“-Politik entsprechen.

Kann man daraus auf Spannungen auch innerhalb der Bezirksleitung Niederrhein schließen? Oder sind die veränderten politischen Ziele erst nach dem Weggang Rembtes und auch dann unvollständig am Niederrhein bekanntgeworden?¹⁹

In der Organisation spiegelt sich diese politische Orientierung wider. Offensive, auf Gewinnung von Massenanhängern gerichtete politische Arbeit und vom Glauben an einen greifbar nahen Sieg getragene Aktion – ob Realität oder Wunschvorstellung – vertragen nur begrenzten Umbau der Organisation. Ganz abgesehen davon, daß die zentralistisch strukturierte, von einem wenig beweglichen Apparat beherrschte KPD sich nicht von heute auf morgen in eine Organisation eigenverantwortlicher, initiativer Glieder zu verwandeln vermochte, verlangten auch die Ziele nach zentraler Lenkung.

¹⁷ W. Müller [d. i. Wilhelm Florin], Aus der Kommunistischen Internationale, Die Partei – Massenarbeit – Massenkampf, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung, 2. 8. 1934, S. 1779.

Walter [d. i. Walter Ulbricht], Für die Gewerkschaftseinheit in Deutschland, ebd. 9. 8. 1934, S. 1805.

Aus der Arbeit der KPD, Um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse!, ebd. 16. 8. 34, S. 1863 ff.

Die Bemerkung bei Vietzke, a. a. O., S. 127, Anm. 2, zu dem Zitat aus der ZK-Resolution, es handele sich um eine „gewisse Unterschätzung der traditionellen Bindungen der Sozialdemokraten zu ihren Organisationen“, möchte man als blanke Ironie auffassen.

¹⁸ Goguel, a. a. O., S. 12.

¹⁹ Vgl. auch die Feststellung im Bericht, daß August-Material noch nicht beschafft werden konnte.

Der Bezirk Niederrhein der KPD zählte mit seinen 15 967 Mitgliedern (Ende 1931) zu den großen und politisch gewichtigen Bezirken, die mehr als 5% der Gesamtmitgliedschaft stellten²⁰. Auch in der Phase des Widerstandes blieb er lange relativ gut organisiert und aktiv²¹. Dem vorgelegten Bericht zufolge hatte er – gemessen am Jahresende 1931 – in der ersten Hälfte des Jahres 1934 noch zwischen 10 und 12% zahlende Mitglieder. Vergleicht man – soweit angesichts organisatorischer Veränderungen möglich – den Mitgliederstand einer Reihe von Bezirken am Ende der Weimarer Republik mit der Situation 1934, so konnte – von extremen Abweichungen nach oben oder unten abgesehen – die Mehrheit der Bezirke auf 8 bis 15% ihrer früheren Mitglieder zählen²². Der Bezirk Niederrhein behielt auch nach 1933 seinen Charakter als Hochburg der KPD.

Nach dem 30. Januar 1933 wurde der Bezirk in das Instruktionssystem einbezogen. Neben Mittelrhein und Ruhr gehörte er zum Instruktions- oder Oberbezirk West, in dem Paul Bertz als erster Oberberater tätig war. Bertz wurde – etwa im Frühsommer 1934 – durch Fritz Apelt abgelöst²³. Das Gliederungsschema der Bezirke in Unterbezirke, Ortsgruppen und Zellen oder Betriebszellen blieb zunächst erhalten, jedoch wurden die Gliederungen zum Zwecke der Dezentralisation schrittweise vermehrt und dadurch hinsichtlich Mitgliederzahl und Territorium verkleinert; das innerbezirkliche Instrukteursystem sollte den Informationsfluß in der Hierarchie und die Absicherung der Gliederungen gegeneinander gewährleisten; etliche Verhaftungswellen lassen allerdings in ihrem Ablauf erkennen, daß andere Kontaktstränge (Kassierung, Materiallieferung) den Grad der Sicherung erheblich verminderten. Ob die Umgestaltung oder Dezentralisierung der Zellen zunächst in Fünfer-Gruppen, Ende 1933 in Dreier-, 1935 wieder in Fünfer-Gruppen voll oder nur zum Teil realisiert worden ist, läßt sich weder dem Bericht noch den vorliegenden Prozeßmaterialien entnehmen. In der Literatur scheint dieses Problem mehr von den Deklamationen der Parteiführung als von der Realisierung her gesehen²⁴.

²⁰ Weber I, a. a. O., S. 367 f., 372.

²¹ Überblick bei Günter Plum, Die Arbeiterbewegung während der nationalsozialistischen Herrschaft, in: Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, hrsg. v. J. Reulecke, Wuppertal 1974, S. 355 ff.

²² Angesichts der Unsicherheitsfaktoren kann dieser Vergleich nur sehr grob ausfallen. Zahlen nach Weber I, a. a. O., S. 367 ff., und aus einem bei Vietzke, a. a. O., S. 48, wiedergegebenen Bericht über den Stand der Organisation 1934. Nimmt man einmal an, daß Anfang 1934 im Mittel 10% der früheren Mitglieder weiterhin Beitrag zahlten, dann konnte sich die KPD – gemessen am Ende 1932 (Weber I, a. a. O., S. 364) – auf rund 25 000 mehr oder weniger Aktive stützen.

²³ Zu Bertz und Apelt vgl. Weber II, a. a. O., S. 73 u. 62; Zum Instruktionssystem s. Anm. 44. Zur Ablösung vgl. Bludau, a. a. O., S. 96 und 118. Apelt hatte seine Tätigkeit Ende August 1934 bereits aufgenommen (VGH 1 H 58/36, IFZ, Fa 117/236).

²⁴ Siegfried Bahne, Die Kommunistische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien, Düsseldorf 1960, S. 702 f.; Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus, Hannover 1969, S. 158 f., 172; Bludau, a. a. O., S. 121 f.; Duhnke, a. a. O., S. 115. Auch die Gerichte – denen wiederum die Literatur teilweise folgt – beziehen ihre Kenntnisse in dieser Frage mehr aus der Beweisaufnahme über die generellen Absichten der KPD.

Daß der Berichterstatter die Betriebsarbeit und im Zusammenhang damit die Einheitsfrontpolitik als schwachen Punkt bezeichnen mußte, ist sicher nicht auf mangelnde Aktivität zurückzuführen. Einerseits konnte sich die neu forcierte Betriebsarbeit weit weniger auf traditionelle Betriebszellen aus der Zeit vor 1933 stützen, als seitens der KPD propagandistisch behauptet²⁵; andererseits war noch Mitte 1934 der Prozentsatz der Mitglieder, die in Großbetrieben beschäftigt waren, strukturbedingt und infolge Arbeitslosigkeit gering²⁶. Entsprechend blieben die unteren Gliederungen mit dem Schwergewicht in den Wohngebieten verankert²⁷. Ähnlich dem Gruppenproblem scheint auch die Technik im Bezirk Niederrhein nicht den Anweisungen entsprechend organisiert gewesen zu sein²⁸. Die Eigenständigkeit des technischen Apparates endete mindestens zwischen Bezirks- und Unterbezirksebene; denn der Transport der Materialien wurde zu häufig von Personen bewerkstelligt, die andere Funktionen inne hatten²⁹, während der Bezirkstechniker „Georg“ und sein Produktionsleiter „Max“ – wie früher geschildert – zeitweilig die Funktion des Bezirkskassierers zusätzlich übernommen hatten.

Wenn „Rudi“ in seinem Bericht mehrfach über die zahlenmäßige Schwäche des Parteiapparats und die – zum Teil wohl aus berechtigter Furcht – mangelnde Aktivität und Initiative der unteren Kader klagt, bezeichnet er damit wohl auch die Ursache dafür, daß zahlreiche Funktionen, die nach den Regeln der Illegalität von je einer Person hätten wahrgenommen werden müssen, aus der Not der Realität in „Personalunion“ ausgeübt wurden. Allerdings wurden die Personalschwierigkeiten im Bereich der Technik auch durch finanzielle Schwierigkeiten verursacht. Die mit dem illegalen Transport verbundenen Kosten konnten von vielen zur Aktivität bereiten Mitgliedern nicht getragen werden.

Der Bezirk Niederrhein hat – sofern alle Abrechnungen regelmäßig erfolgten – pro Monat rund 1000.– Mark an Mitgliedsbeiträgen eingenommen: Jedes Mitglied zahlte im Monat 50 Pf. Aus der Urteilschrift gegen Adolf Rembte u. a. ist zu entnehmen, daß die Landesleitung vom ZK monatlich 16 000.– Mark erhielt, wovon

Zur Frage des Wechsels von der Fünfer-Gruppe zur Dreier-Gruppe ist ein Detail aus dem Prozeß gegen „Rudi“ u. a. von Interesse. Der schon genannte Agitpropleiter des Bezirks, „Hans“, sagte aus, daß sein Auftrag zur Kassenprüfung im Bezirk Niederrhein im April/Mai 1934 mit dem Auftrag verknüpft gewesen sei, auch zu überprüfen, ob in Fünfer-Gruppen gearbeitet werde.

²⁵ Vgl. Weber I, a. a. O., S. 269.

²⁶ S. dazu Vietzke, a. a. O., S. 49.

²⁷ Daraus resultierten sicherlich spezifische Gefährdungen. Etwa das Trägheitsmoment, alte Verkehrsformen (Versammlungen) beizubehalten. Hoher Bekanntheitsgrad, der das Aufrollen der Organisation erleichterte.

²⁸ S. Anm. 51.

²⁹ Urteilschrift gegen „Rudi“ u. a.: Von den angeklagten Funktionären haben mit Sicherheit der Agitpropleiter des Bezirks, der Bezirkskassierer, ein UB-Leiter und Kassierer unterer Gliederungen Materialtransporte nicht nur zur eigenen Gliederung übernommen. Leider sind unsere Kenntnisse über die Sonderapparate der illegalen KPD (Technik, AM-Apparat) sehr unsystematisch, obgleich die vorhandenen Quellen m. E. zumindest begrenzte Fallstudien erlauben.

an die Bezirke je 100,- Mark weitergegeben wurden³⁰. Über diese Beträge hinaus erhielt der Bezirk gelegentlich Mittel für Sonderaufgaben und nahm sicherlich bescheidene Summen aus Schriftenverkauf und zusätzlichen Sammlungen ein. Da er denjenigen Funktionären, die illegal lebten, je 250,- Mark monatlich zu zahlen hatte: soweit erkennbar waren dies im Frühjahr 1934 mindestens vier Personen³¹, wurde der „normale Etat“ bereits davon weitgehend aufgezehrt. Kostenverursachende politische Arbeiten mußten daher vornehmlich von den „Hauptamtlichen“ oder den wenigen Mitgliedern mit ausreichendem Verdienst geleistet werden.

Der Bericht verweist noch auf weitere durch Geldmangel verursachte Probleme: z. B. für den Ausbau des Instruktorsystems sowohl in den Unterbezirken wie in den Betrieben und für die finanzielle Sicherung von Mitgliedern, die in die Illegalität gehen mußten.

Eine zunächst vom Finanziellen ausgehende Kritik an der Situation einiger Massenorganisationen ist zweifelsohne auch vom Berichterstatter umfassender gemeint; hierin liegt, wenn auch unausgesprochen, der Vorwurf, daß die Parteiführung versäumte, ihre Ansprüche an die Illegalen am Möglichen zu messen³². „Rudi“ ist allerdings zu sehr überzeugter Funktionär der KPD, als daß er über funktionelle Kritik hinauskäme. So *beschreibt* er den Fehler des Instruktorsystems: als Bestandteil des Apparats zur Monopolisierung von Informationen zu neigen, aber er will den Fehler durch mehr Instruktoren wett machen. Als die Mitglieder und Leitungen in den Unterbezirken bei dem Versuch, sie zur veränderten Haltung gegenüber der SPD zu bringen, abwinkten, vermochte „Rudi“ die Begründung, hier gebe es ja praktisch keine SPD, nicht als Ausrede zu durchschauen; sie war für ihn nur falsche Einschätzung einer Realität, die durch „eine Kampagne . . . zum großen Teil überwunden“ wurde. Dem alle Wendungen nachvollziehenden Funktionär blieb unverständlich, daß die jahrelang eingehämmerten Thesen von der sozial-faschistischen SPD nicht von heute auf morgen aus dem Gedächtnis gestrichen werden konnten³³.

Der begrenzten, nur systemimmanenten Kritikfähigkeit entsprach ein Realitätsbewußtsein, in dem Wille oder theoretische Entscheidung zum Handeln und der gewünschte Erfolg zusammenfielen. Das klingt an, wenn auf die Information, daß

³⁰ Von dem verbleibenden Betrag hatte die Landesleitung die Personalkosten (250,- Mark pro Kopf) und sämtliche Sachkosten zu bestreiten; 2 H 17/37, IfZ, Fa 117/25; vgl. auch Wehner, a. a. O., S. 64 f.

³¹ Bezirksleiter bis Mai, Organisationsleiter, Agitpropfleiter, Bezirkstechniker.

Für die Produktion erhielt der Bezirkstechniker vor allem dann Mittel vom Obergiebts-techniker, wenn er für das Obergebiet oder sonstige andere Bezirke mitproduzierte. Zum Teil wurde dieses Geld durch Verkauf der Materialien wieder eingebracht.

³² Vgl. die scharfe Kritik bei Wehner, ebenda.

³³ In einem Tätigkeitsbericht für die westlichen Bezirke für Sept. - Nov. 1934 heißt es im Hinblick auf die „neue Wendung der Partei“ [Hervorhebung v. mir. G. P.], daß im Bezirk „Niederrhein . . . bei den unteren Funktionären eine wahre Furcht vor Opportunismus“ herrschte. K. H. Biernat, K. Mammach, G. Nitzsche, Über den Beitrag der KPD zur Vorbereitung des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG) 1965, S. 617 f.

„fast zu allen größeren Betrieben Verbindungen bis zu 2 und 3 Mann“ bestehen, die Feststellung folgt, es bedürfe „nur eines kleinen Anstoßes . . . und aus den 2, 3 Mann werden lebensfähige, arbeitsfähige Zellen“³⁴. Und theoretische Entscheidung steht für Erfolg, wo es im Zusammenhang mit der Kritik am Instruktionssystem heißt: „Um näher an den Arbeiter heranzukommen, haben wir diesen Zustand beseitigt und denken, Euren Vorschlägen entsprechend . . . einen Instrukteur einzusetzen.“³⁵ Da nämlich von den kritisierten Instrukteuren für die Unterbezirke der „Zustand“, also die mangelnde Verbindung zu Betriebsarbeitern weder geändert werden konnte, noch bei diesen Instrukteuren etwas geändert wurde, konnte die Beseitigung des Mißstandes nur durch den Beschluß geschehen sein, Instrukteure in Betrieben einzusetzen.

„Rudi“ steht für viele kommunistische Funktionäre, die von der Richtigkeit der Einschätzungen und strategischen Entscheidungen der Partei mit all ihren Wendungen überzeugt waren, die sich einen Kritik- und Beurteilungsspielraum höchstens für taktische Detailentscheidungen zumaßen. Dennoch ist dieser Bericht über weite Strecken zur Kritik an den Zielen und Methoden des kommunistischen Widerstands geraten.

Im Widerspruch zwischen der Beschreibung bescheidener Erfolge wie schwerer Rückschläge im Bericht und den Verlautbarungen der Parteiführung – seien es die illusionären Bekundungen vom Dezember 1933 über den wachsenden Einfluß der KPD auf die werktätigen Massen, seien es die Forderungen der Resolution vom 1. August 1934 etwa nach Herstellung der Aktionseinheit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, nach Organisation von Streiks, von Massendemonstrationen, von Massenselbstschutz – sind die gefährliche Realitätsferne der KPD-Politik und ihre Aussichtslosigkeit scharf herausgehoben. Zwei, drei Verbindungsleute in Großbetrieben mit mehreren Tausend Beschäftigten, 2000 überzeugte und opferbereite Kommunisten unter rund 3,5 Millionen mehr oder weniger angepaßten Einwohnern sprechen nur für die Isolierung der illegalen KPD. Und die Situation in den Unterbezirken wie die Verhaftungswellen, die der Bericht schildert, sind ein Stück Beweis dafür, daß offensive politische Aktivität und konspirative Sicherung der Organisation einander ausschließen. So dokumentiert der Bericht über die Details von Rückschlag und Erfolg hinaus einen Ausschnitt aus dem Selbsterstörungsprozeß der Kommunistischen Partei.

Günter Plum

D o k u m e n t

Werte Freunde!

Anbei übersenden wir Euch einen kurzen Bericht über die Lage und unsere Arbeit im Bezirk.

Der Bezirk ist seit Mitte Mai ohne Bauführer³⁶. Es ist ganz selbstverständlich, daß

³⁴ S. S. 231.

³⁵ S. S. 230.

³⁶ Deckname für den Bezirksleiter/Polleiter/1. Mann. Analog dazu fanden auch Bezeichnungen wie „Baustelle, Bauleitung“ Verwendung. Vgl. Bludau, a. a. O., S. 104.

sich dieser Zustand auf die Arbeit hemmend auswirkt, obwohl sich die übrigen Freunde³⁷ bemühen, den ihnen gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Wir können für den Gesamtbezirk die Feststellung machen, daß eine organisatorische Festigung eingetreten ist. Die schwächsten Punkte unserer Arbeit sind immer noch unsere Betriebsarbeit und konkrete Einheitsfrontpolitik, was ja eng zusammenhängt³⁸. Es ist leider nicht möglich, ein Bild über die soziale Zusammensetzung unserer Org. im Bezirk zu geben. Die Zahl der abgerechneten Mitglieder hat sich in den letzten 6 Monaten wie folgt entwickelt³⁹:

	Jan.	Febr.,	März,	April,	Mai,	Juni,	Juli
1. D[üsseldorf]	?	480,5	561	323	583	488,5	
2. G[erresheim]	?	76	116	115	134	147	
4. S[olingen]	?	416	221,5	457,5	271,5	333	
5. R[emscheid]	?	108	80	59	104	129,5	
6. Le[verkusen]	?	18	32	29	34	52	
7. W[uppertal]	?	240,5	257,5	317,5	240	304	
8. Sch[welm]	?	137	100	98	81	?	
9. V[elbert]	?	50	50	35	42	?	
10. H[agen]	?	132	182,5	211	187	143,5	
12. Lü[denscheid]	?	66,5	58	89,5	67	81,5	
13. [M.]Gl[adbach]	?	-	-	55,5	6,5	?	
15. Kr[efeld]	?	-	-	14	72,5	?	
		1724,5	1658,5	1804	1822,5	1679	?

³⁷ Gemeint sind wohl die Mitglieder der Bezirksleitung: Orgleiter, Agitpropleiter, Bezirkskassierer, Bezirkstechniker.

³⁸ siehe Einleitung, S. 223.

³⁹ In dieser Tabelle sind die Unterbezirke des Bezirks Niederrhein durch die Ziffern 1-15 und Anfangsbuchstaben des Namens gekennzeichnet; gegenüber der Vorlage wurden die Namen in [] ergänzt. In der Vorlage findet sich die Tabelle auf einer Seite, aber die Zeile mit den Monatsnamen erscheint zwischen den lfd. Nummern 12 und 13 ein zweites Mal; offensichtlich hatte der Verfasser des Briefes die Tabelle über zwei Seiten geschrieben, und der Schreiber der Vorlage hat diese funktionsbedingte Wiederholung der Monatszeile buchstabengetreu abgeschrieben. Die Zeile wurde hier gestrichen. Das Fehlen der Ziffern 3, 11 und 14 läßt sich nicht mit letzter Sicherheit erklären. Nach Weber I, a. a. O., S. 373, hatte der Bezirk Niederrhein 1932 sieben Unterbezirke. Die Vermehrung der Unterbezirke ist wohl im Vollzug einer 1934 beschlossenen Dezentralisierung der Parteiorganisation erfolgt (vgl. Vietzke, a. a. O., S. 48). Bezüglich Düsseldorf war die Reorganisation noch nicht abgeschlossen, s. u. S. 231: „werden aus einem U. B. drei gemacht“. Im Prozeß gegen „Rudi“ u. a. war auch der Instrukteur J. J. angeklagt, der laut Urteil den Auftrag hatte, den Unterbezirk Düsseldorf, von dem Gerresheim schon abgetrennt war, in zwei Unterbezirke zu organisieren. Diese Fakten lassen den Schluß zu, daß die fehlenden Ziffern Leerstellen für noch zu bildende Unterbezirke darstellen.

Bei Vietzke, ebd., ist ein Bericht der Parteiführung von Ende 1934 zitiert, wonach der Bezirk Niederrhein im Juni dieses Jahres 1876 „kassierte Mitglieder“ hatte. Diese Diskrepanz hängt möglicherweise mit den „halben Mitgliedern“ (Bruchzahlen) zusammen, die wohl als reduzierte Mitgliedsbeiträge verstanden werden können; die Zahl der „kassierten Mitglieder“ läge dann um die hier nicht feststellbare Anzahl derjenigen höher, die einen reduzier-

Bei [Unterbezirk Gerresheim und Leverkusen]⁴⁰ ist eine gesunde Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Es sind aber auch die beiden [Unterbezirke], welche bisher am wenigsten unter der Konkurrenz⁴¹ zu leiden hatten. Zu den einzelnen [Unterbezirken] später.

Es ist leider noch der große Mangel zu verzeichnen, daß wir keine Zahlen und keinen genauen Überblick über unsere unteren Einheiten im Betrieb und vor allem in Wohngebieten haben. Obwohl ich anfangs festgestellt habe, daß wir uns organisatorisch gefestigt haben, muß doch gesagt werden, daß von einer selbständigen Leitung und einer eigenen politischen Arbeit unten nicht gesprochen werden kann. Die Leitungen in fast allen [Unterbezirken] sind äußerst schwach⁴² und nur [Unterbezirk Düsseldorf, Solingen, Wuppertal, Hagen] haben bisher auf Ereignisse im eigenen [Unterbezirk] reagiert und eigene Materialien herausgebracht⁴³. Wir haben für [Unterbezirk Düsseldorf], [Unterbezirk Wuppertal], [Schweim] und [Velbert] und [Unterbezirk Hagen und Lüdenscheid] je einen Instrukteur⁴⁴ eingesetzt, welche von uns unterhalten werden müssen. Diese Maßnahme war notwendig, da die meisten [Unterbezirke] einen Mann benötigten, welcher den „Eingeborenen“ mit Rat und Tat zur Seite stand. Gleichzeitig sollte auch dieser Instrukteur den verlängerten Arm der [Bezirksleitung] darstellen. Aber hierbei ergab sich ein Fehler, der darin bestand, daß die Verbindung zwischen [Bezirksleitung] und Mitgliedschaft, d. h. zu den Leitungen in [Unterbezirk] und Ort oft ersetzt wurde durch eine Verbindung zwischen [Bezirksleitung] und Instrukteur. Die Folge davon war natürlich, daß die [Bezirksleitung] zu spät oder gar nicht informiert über die Stimmung bei der Mitgliedschaft und vor allem bei den Arbeitern im Betrieb usw. war. Das Fehlen eines Bauführers fällt natürlich bei einem solchen Zustand besonders erschwerend ins Gewicht.

Um näher an die Arbeiter heran zu kommen, haben wir diesen Zustand beseitigt und denken, Euren Vorschlägen entsprechend⁴⁵, vor allem für die wichtigsten Betriebe einen Instrukteur einzusetzen. Hier muß nur die Frage der Finanzen noch geklärt

ten Beitrag entrichteten. Entweder war der Parteiführung Ende 1934 diese tatsächliche Zahl bekannt, oder die Abrechnungen v. 8., 9., 13. und 15. waren zwischenzeitlich erfolgt.

⁴⁰ In der Vorlage : „U. B. 2+6“. Zur Verbesserung der Lesbarkeit wurden in der Vorlage benützte Abkürzungen wie UB, BL u. ä. in [] ausgeschrieben, z. B. [Unterbezirk] und an die Stelle der Ziffernbezeichnungen in [] die Namen der Unterbezirke gesetzt.

⁴¹ Konkurrenz meint die Geheime Staatspolizei. Vgl. Bludau, a. a. O., S. 114.

⁴² Der Verfasser verwendet die Begriffe „schwach“ und „stark“ durchgehend sowohl im quantitativen wie im qualitativen Sinne; häufig auch in doppelter Bedeutung.

⁴³ Vgl. Klotzbach, a. a. O., S. 189 f.

⁴⁴ Instrukteure waren Beauftragte höherer Leitungsgremien; sie hielten Verbindung zu unteren Organisationseinheiten, die sie über die Politik der Partei und Beschlüsse der Parteiführung zu informieren und in der praktischen politischen Arbeit anzuleiten hatten; umgekehrt informierten sie die Parteiführung über die Situation in den unteren Organisationseinheiten. Die Einführung eines solchen Instrukteursystems wurde bereits 1932 auch im Hinblick darauf vorgeschlagen, daß sich die Partei auf die Illegalität umstellen müsse; vgl. Bahne, a. a. O., S. 663. Realisiert wurde es im Februar 1933 (dazu Vietzke, S. 106 f.); das ZK schickte Instrukteure in die Bezirke, um dort politisch zu informieren und bei der Umstellung der Organisation auf die Illegalität zu beraten und zu helfen; vgl. Wehner, a. a. O., S. 34. Sehr bald weitete sich das Instrukteursystem aus, sowohl hinsichtlich der Aufgaben, z. B. Reorganisation von Nebenorganisationen, wie auch hinsichtlich der Anwendungsbereiche, z. B. Bezirksinstrukteure in Unterbezirken oder Zellen; vgl. Vietzke, a. a. O., S. 51; Duhnke, a. a. O., S. 116.

⁴⁵ Im Zusammenhang der gegen die SPD gerichteten Politik, die Arbeiterschaft in der „Einheitsfront von unten“ und der „unabhängigen Klassengewerkschaft“ zu sammeln (s. dazu

werden, welche ja keine untergeordnete Rolle spielt. Wir haben die Überzeugung, daß uns diese Maßnahmen in den Betrieben ein ganzes Stück vorwärts bringt. Nun einiges zu den einzelnen Unterbezirken in Frage Betriebsarbeit. Betriebszellen bestehen im

[Unterbezirk Düsseldorf]	bei Mannesmann, Rheinmetall, Phönix;
[Unterbezirk Solingen]	” Schlemper, Raspe;
[Unterbezirk Wuppertal]	” Bemberg, Vorwerk (Gummi), Huppertz (Textil);
[Unterbezirk Hagen]	” Hasper Stahlwerk, Akku;
[Unterbezirk Leverkusen]	” I. G. Farben (in den Anfängen);
[Unterbezirk M. Gladbach]	” Felix Kohn (Textil) ⁴⁶ .

Die Leitungen sind meist sehr schwach; selbständige Arbeit wird wenig oder gar nicht geleistet. Bemberg, Hasper Stahlwerk und Akku haben eigne Materialien herausgebracht. In den meisten Unterbezirken bestehen fast zu allen größeren Betrieben Verbindungen bis zu 2 und 3 Mann gegenwärtig. Es bedarf nur eines kleinen Anstoßes von seiten der entsprechenden [Unterbezirksleitungen] und aus den 2, 3 Mann werden lebensfähige, arbeitsfähige Zellen.

Stand der Leitungen

[Unterbezirk Düsseldorf]. Es werden aus einem [Unterbezirk] drei gemacht, um die Aufgaben besser durchführen zu können. Augenblicklich noch bei der Reorganisation⁴⁷. Die Leitungen sind noch nicht vollständig, arbeiten aber schon teilweise selbständig. Für alle drei [Unterbezirke] ein Instrukteur vorhanden. In Stadtteilen wurden durch Verhaftungen Leitungen immer wieder geschwächt; trotzdem teilweise selbständige Arbeit.

[Unterbezirk Gerresheim] Sehr ausgedehntes Gebiet. Leitung war arbeitsfähig, fehlte aber aktive Zusammenarbeit. Der 2. und 3.⁴⁸ Mann sind verhaftet worden. Neubildung ist notwendig.

[Unterbezirk Solingen] Leitung gefestigt, leisten selbständige Arbeit⁴⁹; Ort hat durch Verhaftungen gelitten Ende März, Anfang April, was auch in Mitgliederbewegung zum Ausdruck kommt.

[Unterbezirk Remscheid] Mangel an Funktionären, Leitung schwach, Anfänge selbständiger Arb[eit].

[Unterbezirk Wuppertal] Zum Teil neue Leitung, stark genug, aber unvollständig, arbeitet selbständig. Das gleiche gilt von unten⁵⁰, wo überall nur schwache Leitungen sind.

Einleitung, S. 223), wurde im Februar 1934 der Einsatz von Instrukteuren vor allem in großen Betrieben beschlossen; siehe Bahne, a. a. O., S. 701.

⁴⁶ Die genannten Betriebe konnte ich nur z. T. identifizieren; wahrscheinlich handelte es sich um: das Rohrwalzwerk der Mannesmannröhren-Werke AG und die Rheinmetall-Borsig AG in Düsseldorf; die Gesenkschmiede C. A. Schlemper und die Landmaschinenteile-Fabrik P. D. Raspe Söhne in Solingen; die Seidenfabrik J. P. Bemberg AG, die Gummi- u. Textilfabrik Vorwerk und Sohn OHG und die Textilfabrik Arthur Huppertsberg in Wuppertal; das Gußstahlwerk Wittmann in Hagen-Haspe; das Werk Leverkusen der I. G. Farbenindustrie Frankfurt a. M.

⁴⁷ s. Anm. 39. Unklar bleibt, ob „R.“ Gerresheim noch unter die drei zählt oder ob Düsseldorf bereits ohne G. in drei Unterbezirke aufgeteilt werden soll.

⁴⁸ Organisationsleiter, Agitpropleiter.

⁴⁹ Im Zusammenhang mit der Feststellung, daß der Verfasser dieses Dokuments, „Rudi“, nach Solingen in die „Lehre“ geschickt wurde (s. Einl.) heißt es im Urteil: „Solingen galt damals als der best organisierte Unterbezirk“.

⁵⁰ Gemeint sind Ortsgruppen und Zellen.

[Unterbezirk Schwelm] Durch dauernde Verhaftung eine Rückentwicklung, wie aus Mitgliederbewegung ersichtlich. Augenblicklich Neubildung der Leitungen.

[Unterbezirk Velbert] Neue Leitungen, unvollständig, auch unten mangelhafte Leitungen.

[Unterbezirk Hagen] Durch Verhaftungen Leitungen zerschlagen, Augenblicklich Neubild[un]g.

[Unterbezirk M. Gladbach] Leitung sehr schwach, besteht nur aus 2 Mann, wird jetzt vervollständigt; auch unten schwache Leitung, meist nur ein Mann.

[Unterbezirk Krefeld] Gesamte Leitung wurde verhaftet, Augenblicklich überhaupt keine Verbindung mehr. [Unterbezirk] war erst wieder im Aufbau begriffen.

*Die Technik*⁵¹

Funktioniert nur in 3 Unterbezirken, wo auch eigene Materialien herausgegeben werden. Der Bezirk hat jetzt seine eigene Technik, während er früher bei [Unterbezirken] herstellen ließ⁵². Aber auch hier ist noch weiterer Ausbau erforderlich.

Die Stimmung der Arbeiterschaft

Eingangs wurde bereits darauf hingewiesen, daß durch mangelnde Verbindung wir auch mangelhaft unterrichtet sind. Festgestellt haben wir, daß z. B. nach dem 30. Juni den Tiraden Hitlers teilweise Glauben geschenkt wurde. Heute kann man gehen und stehen, wo man will, überall trifft man auf Diskussionsgruppen: Am Arbeitsamt, an den Zeitungen, in den Parkanlagen usw. Im allgemeinen gibt man der Hitlerregierung keine lange Lebensdauer mehr⁵³. Es herrschen aber noch Unklarheiten über das „Wie“ der Beseitigung. Bei Verhaftungen, Entlassungen und Lohnraub im Betrieb wird teilweise vom Streik gesprochen. Es fehlt hier aber die Organisation und die treibende Kraft. Teilweise wird schon wieder die Frage Bewaffnung gestellt und die „Dinger“ in Ordnung gebracht. Das sind natürlich nur Einzelercheinungen, es handelt sich in allen Fällen um Leute, welche mit uns irgendwie verbunden sind. Und doch ist daraus ersichtlich, daß man weiß, worauf es ankommt; es muß natürlich beobachtet werden, daß keine individuellen Terrorakte gegenwärtig entstehen. Die Begeisterung für den „starken Mann“, welche bei Bauern und Mittelständler Anfang 1933 vorhanden war, ist Anfang 1934 zu einem Haß geworden. Von irgendwelchen Aktionen unter oben genannten Schichten kann wohl nicht gesprochen werden. Schon im Früh-

⁵¹ Der „Technische Apparat“ leitete die Beschaffung oder Herstellung des Informations- und Propagandamaterials sowie den Transport zu den Verteilern. Der „Technische Apparat“ arbeitete auf Reichs-, Gebiets-, Bezirks- und Unterbezirksebene und wurde jeweils vom sog. Techniker geleitet, dem in der Regel noch ein Produktionsleiter zur Seite stand; vgl. Bludau, a. a. O., S. 104.

⁵² Bis etwa Mai 1934 hat der Techniker des Unterbezirks Düsseldorf u. zugleich Produktionsleiter des Bezirks, „Max“, die Produktionsmöglichkeiten seines Unterbezirks zur Herstellung auch der Bezirks-Materialien eingesetzt. Im Juni konnte der Bezirkstechniker „Paul“ einen Drucker aus Solingen-Ohligs gewinnen und ihm einen ersten „Probenauftrag“ geben; sein Nachfolger „Georg“ hat dann in Ohligs Materialien in den Größenordnungen von 10 bis 15 000 Exemplaren herstellen lassen. Die Druckerei wurde wegen ihrer Leistungsfähigkeit in größerem Maßstab eingesetzt. Der Gebietstechniker „Stahl“ gab auf Veranlassung des Reichstechnikers Wilhelm Kox von August bis etwa Ende Oktober mehrere Großaufträge an die Druckerei; mit den Erzeugnissen wurden nicht nur die Bezirke Niederrhein, Mittelrhein und Ruhr beliefert, sondern teilweise auch Berlin und Frankfurt (IfZ, Fa 117/142; Fa 117/126).

⁵³ Zur öffentlichen Meinung nach dem 30. Juni 1934 vgl. den Bericht der Staatspolizeistelle Aachen v. 6. 8. 34 bei Vollmer, Volksopposition im Polizeistaat, Stuttgart 1957, S. 48. Zur Frage der „Lebensdauer“ der Hitlerregierung s. Einleitung, S. 225.

jahr ds. Jrs. war eine ungeheure Erregung bei den Milchhändlern in Solingen, welche teilweise zur Verweigerung der Milchabnahme führte. Aus allen Berichten kommt zum Ausdruck, daß die Bauern sowohl als der Mittelstand merken, wohin auf Grund der Zwangsbewirtschaftung von Fett, Eiern, Kartoffeln, Getreide usw. die Reise geht⁵⁴. Es sind sehr oft diese Kreise, welche bei „festlichen Angelegenheiten“ nicht flaggen, deren Söhne nicht mehr zu den Übungsabenden der SA. gehen (Verbindung in Velbert und Leverkusen).

An *Widerstandsaktionen*⁵⁵ gegen die faschistische Diktatur kann man immer wieder als primitive Form feststellen, daß die Arbeiter sich weigern, den Beitrag für die „Arbeitsfront“ zu zahlen. Diese Maßnahme wird natürlich noch dadurch genährt, daß immer wieder Unterschlagungen von Arbeitsfront- und NSBO –⁵⁶ Bonzen und Bönzchen bekannt werden. Es wird aber auch die Methode der passiven Resistenz und des Streiks angewendet. Von letzterer Form waren in letzten Wochen bei uns drei Fälle zu verzeichnen. Es wurde gestreikt bei Wittmann und bei Wibbermann in Hagen und bei Huppert (Textilbetrieb) Wuppertal⁵⁷. Leider fehlen uns bis jetzt noch Einzelheiten.

Arbeit der SPD. SAP.⁵⁸ usw. Einheitsfrontpolitik

Festgestellt worden ist, daß die SP im Bezirk in den einzelnen Orten Leserkreise organisiert hat, wo vor allem die „Sozialistische Aktion“⁵⁹ gelesen wird. Es geschieht alles streng geheim, der letzte gibt das Material wieder an den Ersten, sodaß nur in den seltensten Fällen etwas herauskommt. Wir haben einzelne Verbindungen zu SPD-Leuten in Düsseldorf, Wuppertal, Lüdenscheid, Schwelm. In Schwelm haben wir auch Verbindung zu einer 10 Mann starken SAP-Gruppe bekommen, welche bereit ist, mit uns zu arbeiten. Von KPO, Trotzkyisten [sic]⁶⁰ usw. hört man hier augenblicklich

⁵⁴ Die hier angesprochene, weit verbreitete Unzufriedenheit in Kreisen der Bauernschaft, des Kleinhandels und des Handwerks hatte eine Reihe von Ursachen, die nur angedeutet werden können: Einnahmeverluste der Bauern durch Verbot des Milch-Selbstmarktens bei stabilen Erzeugerpreisen für Schlachtvieh aber steigenden Futtermittelpreisen; Rückgang der Produktion mit Rückwirkung auf den Milchhandel; Entziehung von Konzessionen zum Handel mit Milchprodukten im Zuge der Fettbewirtschaftung; insgesamt geringe Ertragslage im Kleinhandel und Handwerk aufgrund der geringen Kaufkraft in der Bevölkerung, die durch Steigerung der Zwischenhandelspreise noch mehr sinkt; vgl. Vollmer, a. a. O., insbesondere S. 41 f., 44 f., 62 f.; Berichte der Geheimen Staatspolizei Aachen v. 5. 3. u. 6. 8. 1934; Vietzke, a. a. O., S. 80 f.

⁵⁵ S. dazu d. Artikel „Widerstandsbewegungen“ in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, Bd. VI, Freiburg 1972, Sp. 961.

⁵⁶ Nationalsozialistische Betriebsorganisation.

⁵⁷ Wahrscheinlich die Fabrik für Fahrzeugbestandteile Wippermann jr. AG, Hagen-Oberdelstern. S. auch Anm. 46.

⁵⁸ Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. S. dazu Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Meisenheim a. Gl. 1965.

⁵⁹ Die „Sozialistische Aktion“ war ein speziell für die Leser im Reich hergestelltes Organ der SOPADE. Vgl. bzgl. der Leserkreise Klotzbach, a. a. O., S. 135 ff., Bludau, a. a. O., S. 20 ff.

⁶⁰ KPO: Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition; am 29. Dez. 1928 gegründete Partei der Dezember 1928/Januar 1929 aus der KPD ausgeschlossenen „Rechten“ um August Thalheimer, Heinrich Brandler, Jakob Walcher, Paul Frölich; vgl. Karl-Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“, Meisenheim a. Gl. 1964; s. auch Weber I, a. a. O., insbes. S. 210–219.

Trotzkisten: Der Begriff wurde von den Kommunistischen Parteien sehr pauschal verwendet; es sei auf den Zusammenhang mit den Moskauer Prozessen verwiesen. Trotzkyisten meinte nicht nur organisierte Trotzkyisten wie z. B. die „Internationalen Kommunisten

nichts. Die Tatsache, daß die SPD im Bezirk nicht viel Positionen hat, wirkt sich aus bei ihrer Gewinnung jetzt. Es wird in den meisten Fällen unterschätzt die Notwendigkeit der Gewinnung der SPD-Arbeiter. „Bei uns gab es überhaupt keine SPD“, „wir hatten 42% aller Stimmen im November 1932“, „die SPD hatte eine Handvoll Leute“ (Solingen), so oder ähnlich hört man sprechen. Wir haben eine Kampagne in dieser Beziehung geführt und diese Gedanken sind heute zum großen Teil überwunden.

Propaganda

Wir hatten uns die Aufgabe gestellt, wöchentlich unsere „Freiheit“ erscheinen zu lassen und monatlich den „Revolutionär“, unser Funktionärsorgan. Letzteres ist uns bis jetzt gelungen, wir haben zum 1. August eine Sondernummer herausgebracht. Zur Herstellung der „F“ fehlt es manchmal an den notwendigen Finanzen, sodaß sich die Herstellung verzögert. Die Auflage betrug im Frühjahr noch 2-3000 Exemplare, bei den letzten Nummern haben wir 4-5000 Exemplare hergestellt⁶¹. Trotz aller Bemühungen ist es bis jetzt noch nicht gelungen, RF, Inprekorr, KI⁶² usw. von August zu bekommen. Es ist wohl versprochen worden, es ist aber bei den Versprechungen geblieben. Wir haben das Menschenmögliche getan, um solche Materialien zu bekommen. Unsere Funktionäre benötigen solche Literatur dringend, da sie meist politisch sehr schwach sind, und wir bis jetzt noch wenig besonderes Schulungsmaterial herausgebracht haben.

Wir haben Ende Juni 4 Mann zur „Information“ geschickt⁶³. Wenn wir dieselben jetzt wiederbekommen, werden sie uns eine gute Hilfe sein.

Von allen Massenorganisationen ist die Arbeit bei Sport und RGO die beste. Die RH-Arbeit geht jetzt auch vorwärts. Es sind schon einige Einheiten geschaffen worden, aber der Mann von der Kulturarbeit kommt nicht vom Fleck. Bei beiden Letzgenannten keine oder mangelhafte Verbindung mit ihrem [Zentralkomitee]⁶⁴. Wenn wir den Mann von der Kulturarbeit nicht ab und zu etwas unterstützen, verhungert

Deutschlands“, es war darüber hinaus Schimpfwort, mit dem auch andere antistalinistische Gruppen wie z. B. Teile der SAP zur Zeit des Spanischen Bürgerkrieges und der „Volksfront“ in Paris und ganz allgemein sogenannte „Abweichler“ vom Marxismus-Leninismus, d. h. von der Parteilinie, belegt wurden; vgl. S. Bahne, Der „Trotzkismus“ in Geschichte und Gegenwart, in dieser Zeitschrift 15 (1967), S. 56 ff., dort weitere Literatur; Duhnke, a. a. O., S. 252 u. 260 ff.; Artikel: „Trockij, Trotzkismus“ in: Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft, a. a. O., Spalte 491 f.

⁶¹ S. Anm. 51.

⁶² RF = „Die Rote Fahne“, Zentralorgan der KPD.

Inprekorr = „Internationale Pressekorrespondenz“; die „Inprekorr“ ist 1934 in deutscher Sprache nicht mehr erschienen (anderssprachige erschienen allerdings weiterhin, i. engl. z. B. bis 1939 als „International Press Correspondence“), als Nachfolgeorgan erschien aber „Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung“, Basel (vgl. Theo Pirker, Komintern und Faschismus, Stuttgart 1965, S. 39 ff.). Der Verfasser des Briefes hat entweder aus – nicht zuletzt durch den Aufenthalt in der Sowjetunion verstärkter – Gewöhnung die „Rundschau“ als „Inprekorr“ bezeichnet, oder er hat – was höchst unwahrscheinlich – eine anderssprachige Ausgabe gemeint.

KI = „Die Kommunistische Internationale, Zeitschrift des EKKI“, Basel.

⁶³ Gemeint ist Entsendung zu einem Schulungskurs.

⁶⁴ Von den genannten Organisationen sind eindeutig bestimmbar:

RGO = Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (vgl. Bahne, KPD, S. 664);

RH = dt. Sektion der Internationalen Roten Hilfe (vgl. Bahne, a. a. O., S. 666);

Sport: es gab eine ganze Reihe von KP-nahen Sportorganisationen wie z. B. „Rote Jungsportler“;

er hier. Dieser Zustand muß sofort beseitigt werden. Wir verlangen, daß sich die entsprechenden Instanzen oben etwas um ihre Leute kümmern, wir müssen es in Zukunft ablehnen, die Freunde der [Massenorganisationen] zu unterstützen. Wir können dies einfach finanziell nicht tragen.

Größere Verhaftungen wurden vorgenommen für die Berichtszeit in Solingen 80–100 (März, Apr., Mai), Remscheid 20 (März), Düsseldorf 100 (in letzten Monaten), Krefeld 25 (Ende Juni), Schwelm und Hagen (ungefähr je 20 Mann). Man hat jetzt kurz vor dem 1. August „amtsbekannte“ Personen festgenommen, sie festgehalten und ohne sie zu verhören wieder freigelassen. Man hat diese Freunde scheinbar festgenommen, um sie vor einer „strafbaren“ Handlung zu bewahren. Ein Teil Verhaftungen kommen auf das Konto des O.T.⁶⁵ In Düsseldorf versuchen einige Leute an die Partei heranzukommen, indem sie erklären, sie kommen im Auftrage der Bezirksleitung. Eine Reihe Verhaftungen erfolgten auf folgende Art und Weise: Zu einem [Zellen-Kassierer] kommt ein Mann, der erklärt, er kommt von Heinz aus Wuppertal, sie sollen eine Versammlung machen und eine Parallelleitung schaffen. Unsere Freunde kriechen auf den Leim, machen die Versammlung, welche sie ungestört durchführen können; aber anderntags wird die ganze Meute verhaftet⁶⁶.

Die Verhaftung in Krefeld erfolgte durch Verrat (Spitzelei). Der Kass[ierer] von Krefeld (W.)⁶⁷ hat unseren [Bezirksleitungs-Kassierer] der Polizei in die Hände gespielt. Er hat scheinbar auch die übrigen 25 auf dem Gewissen. Die Polizei versuchte unseren [Bezirksleitungs-Kassierer] für sich zu gewinnen, er versprach, und sie ließen ihn laufen. Sie waren scheinbar so begeistert, von dem „guten Fang“, den sie schon gemacht hatten (im Geist hatten sie schon die [Bezirksleitung] hinter Schloß und Riegel), daß sie ver„gaßen“ [sic], die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um den Vogel nicht entkommen zu lassen – aber er ist entkommen!

Gefährdete Freunde, soweit sie brauchbar sind, werden – soweit dies möglich ist – im Bezirk ausgetauscht. Es erwächst uns hieraus natürlich eine finanzielle Belastung – und es wäre an der Zeit, den Zuschuß der E.-Reichskommission⁶⁸ anrollen zu lassen. Freunde, die gefährdet und nicht brauchbar sind, werden abgeschoben⁶⁹.

Kulturarbeit: der KPD standen auch eine Reihe von kulturellen Vereinigungen nahe, so z. B. „Arbeiter-Theater-Bund Deutschlands“, „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur“, die Arbeitersängerbewegung, Spielgemeinschaften, Agitpropgruppen, auch die „deutsche Sektion der Internationale proletarischer Freidenker“ ist hier zuzurechnen. Im Prozeß gegen „Rudi“ u. a. ist als „Mann von der Kulturarbeit“ ein unter dem Decknamen „Rolf“ arbeitender Thüringer Lehrer genannt worden; vgl. Traudl Kühn, Über die Teilnahme der revolutionären Arbeiterkulturbewegung an den Klassenkämpfen des Proletariats in Deutschland 1928–1933, in: BzG 1960, S. 508 ff.

Diese Nebenorganisationen der KPD waren in der Regel wie die KPD organisiert: mit ZK an der Spitze; vgl. auch Weber I, a. a. O., S. 290.

⁶⁵ O. T. = Techniker für das Obergebiet West. Der Verfasser meint hier den am 20. 4. 1934 in Essen bei einem Treff mit einem Funktionär aus dem Bezirk Ruhr verhafteten F. D.; vgl. Bludan, a. a. O., S. 97, 101 f.

⁶⁶ Bei Goguel, S. 26 ff., wird ein ähnlicher Fall erzählt. Zu den Methoden der Polizei, die illegale KPD-Organisation „aufzurollen“, vgl. auch Klotzbach, a. a. O., S. 169.

⁶⁷ In der Vorlage ist der Name ausgeschrieben.

⁶⁸ In Prozessen wird gelegentlich ein „Reichskomitee der Einheitsfront“ (z. B. gegen W. S., IfZ, Fa 117/235) erwähnt, gelegentlich auch: „... der RGO“; vgl. auch die „Resolution des ZK der KPD v. 30. 1. 1935“ (abgedr. bei Horst Laschütz u. Siegfried Vietzke, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Berlin 1964, S. 312 f.), wo von „schon bestehende[n] Organe[n] (Lohnkommission, Kommission für Arbeitsschutz usw.)“ die Rede ist; vgl. auch Rudolf Diels, Lucifer ante Portas, Zürich o. J., S. 179.

⁶⁹ „abgeschoben“ heißt hier: ins Ausland schicken.